

und der Bonner Regierung. *Das CDU-Monopol in Westdeutschland zu brechen ist nur möglich durch die Zusammenarbeit aller friedliebenden, demokratischen Kräfte.* Die SPD hat sich auf dem Stuttgarter Parteitag für die Volksbewegung gegen den Atomtod entschieden, aber zugleich für eine Politik der „Landesverteidigung“ und für das westdeutsche Staatssystem. Das ist eine Politik der doppelten Buchführung. *Die sozialdemokratischen Mitglieder* stehen auf der Basis der Friedenspolitik, die *rechten sozialdemokratischen Führer* aber stehen auf dem Boden des Adenauer-Staates, wie das Deist, Carlo Schmid, Eler und Brandt begründet haben. Die Volksbewegung gegen die Atomrüstung in Westdeutschland kann nur dann zu einem Erfolg führen und das CDU-Monopol der NATO-Politiker beseitigen, wenn die Sozialdemokratie auf jedwede Unterstützung der Adenauer-Regierung verzichtet.

*Die SPD ist nach dem Verbot der KPD die einzige legale Partei der Werktätigen in Westdeutschland und hat deshalb eine besondere Verantwortung.* Sie führt einen, wenn auch durch parlamentarische und staatsrechtliche Illusionen stark gehemmten Kampf gegen die Atomrüstungspolitik der Bonner Regierung. Auf ihrem Parteitag wurde auch offen von der Notwendigkeit der Verklammerung der beiden deutschen Staaten gesprochen und von der Unvermeidlichkeit von Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten. Soweit sich die SPD in ihrer Politik auf die Arbeiterklasse und die Friedenskräfte stützt, stimmen unsere Vorschläge und die der SPD weitgehend überein. Soweit sich jedoch gewisse führende Kreise der SPD bemühen, in der Hetze gegen die DDR die Adenauer-Propaganda noch zu übertreffen, wie das die Flugblätter des Ostbüros der SPD und dessen Zusammenarbeit mit imperialistischen Spionagezentralen zeigen, so kann man das nur als eine Hilfe für die Bonner NATO-Politiker einschätzen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß dadurch irgendwelcher Einfluß auf die Arbeiterklasse in der DDR ausgeübt werden könnte. Eine ernste Gefahr sehen wir vielmehr darin, daß durch die Einflüsse des Ostbüros und seiner imperialistischen Agenturverbindungen eine Annäherung zwischen unseren beiden Parteien und die Schaffung einer günstigen Atmosphäre erschwert wird. *Die Volksbewegung gegen den Atomtod in Westdeutschland mahnt die SPD-Führung, sich zu einem von Vorurteilen freien Kontakt mit der SED bereit zu finden, denn ohne*